

V0012/26
öffentlich



Ausschussgemeinschaft FDP/JU, Tränktorstraße 4,
85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Michael Kern

Datum 07.01.2026
Telefon (0841) 99 35 68 32
Telefax
E-Mail fdp.ju@ingolstadt.de

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	11.02.2026

**Harmonisierung des Ingolstädter Klimaziels mit dem Klimaziel der Bundesrepublik
Deutschland und dem des Freistaats Bayern
-Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 07.01.2026-**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Kern,
als FDP/JU-Ausschussgemeinschaft stellen wir folgenden

**Antrag:
Harmonisierung des Ingolstädter Klimaziels mit dem Klimaziel der Bundesrepublik
Deutschland und dem des Freistaats Bayern**

Begründung:

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Steigende Temperaturen, häufigere Extremwetterereignisse, längere Hitzeperioden und zunehmende Hochwasserrisiken betreffen nicht nur entfernte Weltregionen, sondern wirken sich auch unmittelbar auf Städte wie Ingolstadt aus. Klimaschutz ist daher keine abstrakte Zukunftsaufgabe, sondern eine zentrale Voraussetzung für Lebensqualität, wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit.

Klimaschutz ist wichtig, weil er die natürlichen Lebensgrundlagen schützt. Sauberes Wasser, fruchtbare Böden und ein stabiles Klima sind die Basis unseres Wohlstands. Ohne wirksamen Klimaschutz steigen langfristig die Kosten für Schäden, Anpassungsmaßnahmen und Gesundheitsversorgung erheblich. Gleichzeitig ist Klimaschutz auch Gesundheitsschutz: Weniger

Luftschadstoffe, geringere Lärmbelastung und eine klimagerechte Stadtplanung verbessern das Wohlbefinden der Menschen. Darüber hinaus bietet Klimaschutz wirtschaftliche Chancen, etwa durch Innovationen, neue Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und nachhaltige Mobilität.

Jahrelang haben wir gefordert, dass die städtischen Klimaziele vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Spätestens seit dem mündlichen Bericht des Stadtwerkechefs im Stadtrat ist klar: Das Jahr 2035 ist für Ingolstadt eine fehlgeleitete Zielsetzung und eine ökonomisch wie ökologisch unsinnige Belastung. Der Fahrplan zur Klimaneutralität muss jetzt endlich mit den Plänen von Land und Bund verschmolzen werden.

Kommunen spielen beim Klimaschutz eine Schlüsselrolle, da sie viele entscheidende Bereiche gestalten – etwa Verkehr, Wärmeversorgung, Stadtentwicklung und öffentliche Infrastruktur. Ingolstadt hat sich mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2035 ein sehr ambitioniertes Vorhaben gesetzt und damit früh Verantwortung übernommen. Dieses Ziel hat wichtige Impulse ausgelöst und das Thema Klimaschutz in Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft deutlich gestärkt.

Gleichzeitig zeigt sich jedoch zunehmend, dass das Zieljahr 2035 äußerst anspruchsvoll ist und mit erheblichen praktischen, finanziellen und sozialen Herausforderungen verbunden ist. Die notwendige Transformation in Bereichen wie Gebäudesanierung, Ausbau erneuerbarer Energien, Verkehrswende und industrielle Prozesse erfordert hohe Investitionen, Fachkräfte, Planungs- und Genehmigungskapazitäten sowie breite gesellschaftliche Akzeptanz. Viele dieser Voraussetzungen lassen sich in dem verbleibenden Zeitraum nur begrenzt und mit hohen Risiken umsetzen.

Eine Neuausrichtung der Ingolstädter Klimaziele auf das Jahr 2045 kann daher zu mehr Realismus und Planungssicherheit beitragen, ohne den Anspruch des Klimaschutzes grundsätzlich infrage zu stellen. Das Jahr 2045 entspricht dem bundesweiten Ziel der Treibhausgasneutralität und schafft eine bessere Abstimmung mit nationalen Strategien, gesetzlichen Rahmenbedingungen und Förderprogrammen. Dadurch können Maßnahmen effizienter geplant und umgesetzt werden.

Zudem ermöglicht der Zeithorizont bis 2045 eine sozial ausgewogenere und wirtschaftlich tragfähigere Umsetzung. Klimaschutzmaßnahmen müssen für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen leistbar bleiben, um Akzeptanz zu sichern und soziale Spannungen zu vermeiden. Ein gestufter, langfristiger Zielpfad erlaubt es, technische Entwicklungen, Lernprozesse und Innovationen besser zu nutzen und Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist der europäische und nationale Emissionszertifikatehandel. In vielen emissionsintensiven Bereichen wird der Ausstoß von Treibhausgasen durch ein festes Zertifikatelimit begrenzt. Wenn eine einzelne Kommune wie Ingolstadt schneller Emissionen reduziert, als es der nationale oder europäische Zielpfad vorsieht, werden dadurch zwar lokal Emissionen eingespart, die frei werdenden Zertifikate können jedoch an anderer Stelle genutzt werden. Der Gesamtausstoß innerhalb des Systems ändert sich dadurch nicht. Ein kommunales Vorpreschen führt somit nicht automatisch zu zusätzlichem Klimaschutz, sondern kann lediglich zu einer Verlagerung von Emissionen führen und höheren Kosten in der Kommune führen. Klimapolitisch wirksam ist vor allem eine stringente Reduktion auf Bundes- und EU-Ebene, die das Zertifikatelimit insgesamt absenkt.

Zusammenfassend ist Klimaschutz unverzichtbar, um ökologische Schäden zu begrenzen und eine lebenswerte Zukunft zu sichern. Ingolstadt übernimmt dabei Verantwortung auf kommunaler Ebene. Die Neuausrichtung des Klimaziels von 2035 auf 2045 bedeutet kein Nachlassen beim Klimaschutz, sondern eine strategische Anpassung an realistische Rahmenbedingungen. Sie

verbindet ambitionierte Ziele mit Umsetzbarkeit und stärkt die Grundlage für einen langfristig erfolgreichen und gesellschaftlich getragenen Klimaschutz in Ingolstadt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jakob Schäuble
Stadtrat

gez. Veronika Hagn
Stadträtin

gez. Dr. Markus Meyer
Stadtrat

gez. Karl Ettinger
Stadtrat